



MARXISTISCHER  
STUDENTEN-  
BUND

**SPARTAKUS**

# **WAHLPLATTFORM**

## ***MSB - SPARTAKUS · Einigende Kraft im demokratischen Kampf an der Hochschule***

Verschärfung des Bildungsnotstands, verstärktes Bestreben des westdeutschen Großkapitals, die Hochschule noch effektiver seinem Profit- und Machtstreben unterzuordnen, zunehmende Rechtsentwicklung im Zuge der Formierung des Rechtskartells in der gesamten Gesellschaft: Durch diese Entwicklungstendenzen wird die politische Situation an den westdeutschen Hochschulen geprägt.

Diese Entwicklung erfordert den entschlossenen und einheitlichen Kampf aller demokratischen und sozialistischen Studenten, erfordert die Stärkung der Waffen für diesen Kampf, besonders der autonomen politischen Organe der Studentenschaft.

Der MSB - SPARTAKUS hat im vergangenen Jahr als aktive und einigende Kraft im Kampf gegen die staatsmonopolistische Formierung, für eine Demokratisierung zahlreiche Initiativen entfaltet.

Der MSB - SPARTAKUS beendete die perspektivlose Handwerkelei in vielen Fachschaftsräten (Psychologie, Germanistik, Geschichte, WiWi, Mat./Nat., PI, Medizin, Jura, Soz./Pol.) und machte diese durch die konsequente politische und materielle Interessenvertretung der Studenten zu wichtigen Instrumenten des Kampfes der demokratischen und sozialistischen Studenten.

Gleichzeitig wurden vom MSB - SPARTAKUS zahlreiche Basisgruppen geschaffen, die die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft, die oft als reine Apologie des bestehenden staatsmonopolistischen Systems fungiert, vorantreiben. In marxistischen Bildungsveranstaltungen wurde allen Studenten die Möglichkeit gegeben, den wissenschaftlichen Sozialismus zu studieren.

In diesem Semester stellt der MSB - SPARTAKUS gemeinsam mit dem SHB und nicht organisierten sozialistischen Studenten den AStA. Hier war es möglich, die Initiativen an den einzelnen Instituten zu koordinieren und auf der Grundlage eines antimonopolistisch-demokratischen Programms unseren Kampf an der gesamten Uni voranzutreiben.

## ***Kampf dem Rechtskartell an der Hochschule***

Gefährlichster Gegner in unserem Kampf um demokratische Veränderungen an der Hochschule ist der Neonazismus. Das Rechtskartell hat sich national organisiert. Die CDU/CSU wird immer mehr zum Sammelbecken der alten und neuen Nazis. Die politischen Ziele wurden eindeutig formuliert: Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen nach innen, Kriegsvorbereitung, Großmachtpolitik und Aggression gegen die sozialistischen Länder nach außen.

Wer die Rechtsentwicklung als Randerscheinung abtut, vergißt, daß ihre sozialökonomische Basis die großen Rüstungskonzerne sind, daß Flick, Abs und Ceter die wirklichen Drahtzieher dieser Bewegung sind.

Auch an den Hochschulen schuf sich das Rechtskartell seinen Kampf-"Bund gegen Freiheit und Wissenschaft". Vertreter des Großkapitals und reaktionäre Ordinarien sind angetreten, jede demokratische Bewegung als kriminell zu diffamieren, jeden Ansatz zur Mitbestimmung über Forschung und Lehre schon im Keim zu ersticken. Reaktionäre und faschistische Studentengruppen (RCDS, NHB) erwachten mit der Konstituierung des "Bundes" zu neuem Leben.

Ziel dieser konzertierten Reaktion ist es, die Militarisierung der Wissenschaft voranzutreiben, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft erste Priorität zu sichern und den Antikommunismus zur gültigen Heilslehre an den westdeutschen Hochschulen zu machen.

An der Hamburger Universität forschen z.B.:

- Prof. COLLATZ im Auftrag der US - Air Force, während die Seminare und Praktika im Mat./Nat. - Bereich überfüllt sind und an allen Instituten dort der numerus clausus eingerichtet wird,
- der Kriegspsychologe HOFSTÄTTER, der sich seine ersten Sporen im Hitler - Faschismus verdiente,
- der Reaktionär SCHWARZ, der mit seinem Chargen am Seminar für politische Wissenschaft für die chauvinistische und aggressive Außenpolitik der CDU/CSU die Grundlagen"erforscht".

Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Wir haben in diesem Semester verhindert, daß O.ERNST an der Hamburger Uni im Auftrag SPRINGERS Methoden zur Verhetzung der Bevölkerung für die Ziele des Rechtskartells erforscht. Sein Seminar wurde von den fortschrittlichen Studenten abgeschafft!

Wir werden dafür sorgen, daß Hofstäter, Schwarz und ihre ultrarechten Gesinnungsgenossen nicht länger ungestört im Auftrag der Großkonzerne und ihrer Parteien, von diesen geschützt und bemäntelt, an der Universität Hamburg forschen können!

Hierin sehen wir unseren konkreten Beitrag zum Kampf gegen Neonazismus und Militarismus in der gesamten Gesellschaft.

Gleichzeitig unterstützen wir die Bewegung für die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau, für eine Europäische Sicherheitskonferenz und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Die Erkämpfung dieser Ziele schwächt die reaktionärsten und aggressivsten Kreise des westdeutschen Großkapitals, verbessert die Positionen der Kräfte des Friedens und des demokratischen Fortschritts. Demokratische Veränderungen - auch im Bildungswesen - sind nur möglich, wenn Revanchismus und Militarismus entscheidende Schläge versetzt werden, wenn Kriegsvorbereitung und Aufrüstung gestoppt werden.

Das KPD - Verbot beweist, daß alle demokratischen und sozialistischen Kräfte auch weiterhin von der Klassenjustiz der BRD bedroht sind. Daß die herrschenden Kreise nicht davor zurückschrecken, auch die demokratische Studentenbewegung zu kriminalisieren, davon zeugt das Verbot des SDS-Heidelberg. Diesen offenen Repressalien und Provokationen werden wir am besten dadurch begegnen, daß wir die Organe unseres demokratischen Kampfes an der Hochschule stärken. Kämpfen wir gemeinsam in VDS, AstA und Fachschaften für die Aufhebung des KPD-Verbots!

## **Gegen staatsmonopolistische Formierung - Mitbestimmung erkämpfen !**

Aber auch die SPD/FDP-Regierung bekennt sich zu den bestehenden Machtverhältnissen, erklärt sich offen zum Sachverwalter der Interessen des Monopolkapitals.

Das Bekenntnis für eine demokratische Bildungsreform hat sich längst als Phrase entlarvt. Während die Rüstungslasten weiter steigen, wurde der Bildungsetat zusammengestrichen und der Bildungsnotstand für Jahrzehnte im voraus geplant.

Mit dem HOCHSCHULRAHMENGESETZ wurde der juristische Rahmen geschaffen, die staatsmonopolistische Formierung von Wissenschaft und Ausbildung weiter auszubauen.